

Berlin, 31.10.2016

UNITI-Position zum Grünbuch Energieeffizienz

- ⇒ *Der wissensbasierte gesamtgesellschaftliche Meinungsbildungsprozess muss zum Fundament der weiteren Energie- und Umweltpolitik in Deutschland werden.*

Vorbemerkungen

Die Bemühungen, den Klima- und Ressourcenschutz weiter zu stärken, begrüßen wir ausdrücklich. Zwingende Voraussetzung ist allerdings, dass sämtliche Pläne und Konzepte zur Verbesserung des Klima- und Ressourcenschutzes im Einklang mit Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit unseres Energiesystems stehen.

Mit den **Pariser Klimabeschlüssen** wird eine **fundamentale Umstrukturierung der Energiewirtschaft in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts** angestrebt. Die Folge ist eine **völlig neue Qualität gesamtgesellschaftlicher Wechselbeziehungen**: Die **Energie- und Umweltpolitik** muss spätestens seit Paris als **untrennbar verflochten mit** anderen Politikfeldern, vor allem mit der **Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Außenpolitik**, angesehen werden.

Die Definition **energiepolitischer Ziele** setzt **ganzheitliche Analysen und uneingeschränkte gesamtgesellschaftliche Diskussionen** zur technischen Machbarkeit und zu den Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Wird dieser Aspekt der Zieldefinition auf Basis eines **wissensbasierten gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildungsprozesses** über Machbarkeit und Folgen nicht ausreichend berücksichtigt, müssen solche Zielerklärungen als überstürzte nationale Alleingänge angesehen werden, die nicht zum **Geist der Pariser Klimabeschlüsse** passen.

Insofern begrüßen wir sehr, dass das BMWi mit dem Grünbuch Energieeffizienz und mit seinen 14 Thesen eine vergleichsweise breite öffentliche Diskussion angeregt hat. Für eine fundierte und belastbare Bewertung einiger Thesen fehlen hier allerdings (zumindest vorläufige) Einschätzungen des Ministeriums zu Machbarkeit und Folgen.

Dreiklang von Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit aufrechterhalten!

Das Grünbuch Energieeffizienz legt „Efficiency First“ als ein Leitmotiv der künftigen Energiepolitik Deutschlands fest. Das unterstützen wir, denn die umweltfreundlichste und günstigste Kilowattstunde ist diejenige, die nicht verbraucht wird.

Diskussionswürdig ist aber der im Grünbuch vorgezeichnete Weg, wie der verbleibende Energiebedarf erzeugt, verteilt, verbraucht und gespeichert werden soll. Dieser soll mit einer nahezu einseitigen Fokussierung auf volatilen, derzeit nicht im industriellen Maßstab und nicht zu vertretbaren Kosten speicherbaren Strom aus Wind und Sonne als alleinige Energiequelle für alle Sektoren inklusive Wärmemarkt und Verkehr einhergehen.

Die Vorstellung einer „all electric world“ auf Basis des Erneuerbaren Stroms bis 2050 käme dem gesamten Umbau des Wirtschaftsstandorts Deutschland binnen 33 Jahren gleich. Das ist nach unserer derzeitigen Auffassung praxisfern, wirtschaftlich nicht umsetzbar und wäre ein abermaliger Alleingang Deutschlands in Europa, im Übrigen auch beim Pariser Klimaschutzabkommen.

Eine mittel- bis langfristige, bezahlbare Energieeffizienzstrategie muss Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit für Unternehmen und Bezahlbarkeit für Verbraucher gewährleisten. Das ist auf absehbare Zeit ohne effizientere Nutzung konventioneller Energieträger nicht zu erreichen.

Anstatt sich technologisch von vorn herein stark zu verengen und schon heute allein auf Energiestrukturen zu setzen, deren Machbarkeit und Auswirkungen aktuell kaum bewertbar sind, sollten parallel alle heute im Markt verfügbaren effizienten Technologien noch stärker eingesetzt und gefördert werden. Dadurch sind sofort große und zugleich wirtschaftliche Effizienzsteigerungen erreichbar. Diese Maßnahmen heute bereits als „Fehlinvestitionen“ zu kategorisieren ist für den Klimaschutz kontraproduktiv.

Soziale Auswirkungen beziffern und belegen

Die fast alleinige Fokussierung auf Erneuerbaren-Strom in Deutschland wird immense Anstrengungen und Aufwendungen zur Effizienzsteigerung erfordern.

Welches Maß an Effizienzsteigerungsmaßnahmen – zum Beispiel im Gebäudebereich – bis 2050 erforderlich ist, um den gesamten Energiebedarf durch erneuerbaren Strom decken zu können, ist bis heute nicht genau beziffert.

Zu vermuten ist, dass es infolge der erforderlichen enormen (sofern überhaupt technisch realisierbaren) Effizienzsteigerungsmaßnahmen zu heute nicht absehbaren sozialen Belastungen für die Verbraucher kommen wird. Auch eine weitere Steigerung von EEG-Umlage und Netzentgeltgebühren kann nicht ausgeschlossen werden. Die Energieversorgung der Bevölkerung wird sich damit massiv verteuern. Diese finanziellen Auswirkungen sind – vor jeder Festlegung konkreter nationaler energiepolitischer Ziele – zu beziffern und gesamtgesellschaftlich zu diskutieren.

Aus diesem Grund stehen wir für folgende Grundsätze:

- Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und ein fairer Wettbewerb in der Energiewirtschaft müssen gesichert bleiben.
- Eine Abkehr von etablierten, immer effizienter werdenden Energieversorgungsstrukturen ohne technologische und ohne marktfähige bezahlbare Alternativen auf absehbare Zeit ist kontraproduktiv.
- Kostentransparenz und Machbarkeitsanalysen werden zu fundamentalen Voraussetzungen aufgrund der in Aussicht gestellten neuartigen Dimension von Umstrukturierungen in der Energieversorgung.
- Auf die Ausweitung staatlicher Steuerungsinstrumente, wie Preis- und Mengensteuerungsmodelle, muss verzichtet werden können.
- Technologischen Innovationen muss ein breiter Raum eingeräumt werden. Eine Fokussierung auf eine bestimmte Technologie ist für Innovationskraft und Innovationsvielfalt hinderlich.

Europäische und globale Ansätze anstatt nationaler Alleingänge

Klimaschutz ist global. Deshalb ist zumindest ein europäischer Ansatz zu begrüßen. Nationale Alleingänge haben bisher zu keinem nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz geführt, sondern zuallererst zu gestiegenen Kosten für die Verbraucher – siehe Strompreiserhöhungen in Deutschland –, oder zu aufwendigen Korrekturschleifen, die tendenziell zu komplizierteren Regularien führen und zu geringe-



UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V.

rer Akzeptanz der Energiewende. Ein europäischer Ansatz muss marktwirtschaftlich sowie technologie- und energieträgerneutral sein, damit sich das beste System am Markt durchsetzen kann. Das ist auch finanz- und umweltpolitisch effizient.

Eine immer mehr auf ordnungsrechtliche Vorgaben und Verbote ausgerichtete Energiepolitik liefe Gefahr, die notwendige Unterstützung der Bevölkerung nicht zu erhalten. Eine „Verbotskultur“ würde bei Verbrauchern nicht zu steigender Bereitschaft, in Effizienzmaßnahmen und Umweltschutz zu investieren, führen, sondern zu Ablehnung und Aufschieben von Sanierungsentscheidungen.

Freiwilligkeit, intelligente Beratungs- und Informationssysteme sowie die Weiterentwicklung von technologieoffenen Anreizinstrumenten müssen auf absehbare Zeit die Basis für die nächsten Schritte der Energiewende sein. Ordnungsrechtliche Eingriffe sind auf ein absolutes Minimum zu begrenzen.

Für Gespräche stehen wir sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

RA Elmar Kühn
Hauptgeschäftsführer

Dirk-Arne Kuhrt
Dipl.-Ing., Dipl.-WirtschIng. (FH)
Geschäftsführer Wärmemarkt

UNITI e.V.
Jägerstraße 6
10117 Berlin
Tel.: 030/755 414-300
E-Mail: info@uniti.de

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. besteht seit 1927. Er bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, im Wärmemarkt und bei Schmierstoffen und repräsentiert rund 90 Prozent des Mineralölmittelstandes in Deutschland. Täglich kommen etwa 4,5 Millionen Kunden an Tankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen. Die Verbandsmitglieder betreiben 120 Bundesautobahntankstellen und rund 5.900 Straßentankstellen, das sind rund 40 Prozent des Straßentankstellenmarktes. Mit etwa 3.600 freien Tankstellen sind bei UNITI zudem rund 70 Prozent der freien Tankstellen organisiert. Die UNITI-Mitglieder versorgen etwa 20 Millionen Kunden mit Heizöl, einem der wichtigsten Energieträger im Wärmemarkt. Rund 80 Prozent des Gesamtmarktes beim leichten Heizöl und bei den festen Brennstoffen bedienen die Verbandsmitglieder. Mittlerweile gehören auch regenerative Energieträger sowie Gas und Strom zu ihrem Sortiment. Am Autogasmarkt beträgt der Anteil der UNITI-Mitglieder rund 42 Prozent. Ebenso zum Verband gehören die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland. Ihr Marktanteil liegt bei rund 50 Prozent. Die etwa 1.300 Mitgliedsfirmen der UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von rund 35 Milliarden Euro und beschäftigen rund 78.000 Arbeitnehmer in Deutschland.